

Kampf um die Weltherrschaft

Im Handelsstreit zwischen China und den USA geht es nur vordergründig um Zölle: Der chinesische Staatskapitalismus fordert die liberale Marktwirtschaft heraus.

Von Daniel Hug



Bald erfolgt der nächste Schlagabtausch: Am 28. Juni treffen sich US-Präsident Donald Trump und Chinas Xi Jinping im japanischen Osaka. (Peking, Nov. 2017)

In knapp drei Wochen, am Gipfel der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) im japanischen Osaka, werden die beiden Hauptfiguren im Wirtschaftskrieg erneut die Klänge kreuzen: US-Präsident Donald Trump trifft auf seinen Widersacher aus China, Xi Jinping. Beide überziehen sich seit Monaten mit Strafzöllen auf ihren Warenexporten. Doch die Arithmetik der Zolltarife ist nur der Ausdruck eines viel tiefgreifenderen Konflikts.

Darauf deutet die jüngste Eskalation hin, in der US-Präsident Trump dem chinesischen Telekomhersteller Huawei den Verkauf seiner Produkte in den USA untersagt und ihn von allen Zulieferern abschneiden will. Peking hat diese Woche angekündigt, eine schwarze Liste mit angeblich «unzuverlässigen» Firmen und Individuen zu veröffentlichen, welche die Rechte und Interessen von chinesischen Unternehmen beschädigten und Chinas Sicherheit bedrohten. Auf der Liste sollen bekannte US-Firmen wie Google stehen, schrieb die chinesische «Global Times».

Konkurrierende Systeme

Im Konflikt zwischen den USA und China geht es um die Frage, wer die führende Weltmacht ist - ökonomisch, technologisch und letztlich auch militärisch. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg stehen sich wieder zwei konkurrierende Wirtschaftssysteme gegenüber: Der chinesische Staatskapitalismus fordert die liberale Marktwirtschaft heraus. Welches System ist erfolgreicher? In den letzten zwanzig Jahren hat der Panda-Kapitalismus erstaunlich gut abgeschnitten, Chinas Wirtschaft ist jedes Jahr doppelt oder dreifach so stark gewachsen wie jene der USA. «Das Wirtschaftssystem Chinas nutzt die bekannten Vorteile der Marktwirtschaft, wie etwa den Preis als Koordinationsinstrument», erklärt David Dorn. Ein hoher Preis signalisiert Knappheit und setzt Anreize zu sparsamem Einsatz des Guts, ein tiefer Preis bewirkt das Gegenteil. «Doch China verbindet das kapitalistische System mit einer politischen Diktatur statt mit einer Demokratie», betont Dorn. Der Professor für Globalisierung und Arbeitsmärkte an der Universität Zürich weilt gerade in Peking, um Gastvorträge zu halten.

Das chinesische Modell sei eine andere Ausprägung eines im Grundsatz ähnlichen Systems - und nicht zu vergleichen mit der Planwirtschaft in der ehemaligen Sowjetunion. Während der russische Kommunismus kollabiert ist, halten sich die kapitalistischen Genossen in Peking erfolgreich. Woran liegt das? «China hat jahrelange Erfahrung damit, Neuerungen zuerst im kleinen Massstab zu erproben», betont Dorn. «So wurde die kapitalistische Öffnung anfänglich in einzelnen Son-

Forschung aufgestockt

104

Mrd. \$ sollen nächstes Jahr in den USA in die militärische Forschung und Entwicklung fliessen, das ist ein Zuwachs von 8,3% gegenüber dem Vorjahr. Damit sollen insbesondere neue Technologien gefördert werden, die ohne grosse Investitionen nicht vorankommen würden. Im Jahr 2016 betrug das Budget erst 69 Mrd. \$. (dah.)

derwirtschaftszonen eingeführt, um Erfahrungen zu sammeln. Damit wird in kleinem Massstab erprobt, was in der Praxis funktioniert - bevor eine Neuerung im ganzen Land eingeführt wird.» Die Öffnung in Richtung Marktwirtschaft löste einen enormen Industrialisierungsschub aus und befreite rund 800 Mio. Chinesen aus bitterer Armut.

Heute verbessern Technologien wie Big Data, künstliche Intelligenz und der ubiquitäre Einsatz von Sensoren und Kameras die Effizienz des dirigistischen Wirtschaftssystems. Die grossen Internet-Plattformen Alibaba und Tencent (betreibt WeChat, das Pendant zu Whatsapp) sammeln Unmengen von Daten über ihre Nutzer - und halten in ihrem Bereich ein Quasi-Monopol. Solche Strukturen passen gut in ein staatskapitalistisches System, das seine Bürger über ihre persönlichen Mobiltelefone nahtlos überwacht.

Ferner verfolgt Xi Jinping einen langfristigen Plan, der klar definiert, in welchen Gebieten China bis 2025 führend sein will: Von Biopharma über Industrieroboter bis zu IT, Telekom und Elektroautos. So war es im Plan «Made in China 2025» formuliert, der nach heftiger Kritik aus der EU und den USA offiziell nicht mehr erwähnt wird. Die EU-Handelskammer in Peking geht davon aus, dass dieser Plan nur die erste von drei Etappen ist, um China zur weltweit führenden Wirtschaftsmacht bis 2049 zu machen. Dann werden die Kommunisten, die seit 1949 an der Macht sind, 100 Jahre Volksrepublik feiern.

Dass aus China statt Textilien und Billig-Elektronik plötzlich technologisch führende Konzerne wie Huawei kommen, hat in den USA wie ein Schock gewirkt. In Shenzhen wer-

den inzwischen mehr Patente angemeldet als in Frankreich und Grossbritannien zusammen. Von Elektroautos über Hochgeschwindigkeitszüge bis zur Raumfahrt (Flug zum Mond auf die sonnenabgewandte Seite) stösst China zur Weltspitze vor.

Im Pentagon wird China als grösste Bedrohung wahrgenommen. Nächstes Jahr wollen die USA erstmals über 100 Mrd. \$ für die Erforschung neuer Militärtechnologien ausgeben, das sind gut 50% mehr als im Jahr 2016. «Das ist das grösste Budget für Forschung, Entwicklung, Test und Evaluation in den letzten sieben Jahren», sagte David Norquist, Finanzchef des US-Verteidigungsministeriums am 13. März in Washington. Vor sieben Jahren sei man im Wettbewerb mit der UdSSR gestanden, jetzt stehe die Welt vor einer ähnlichen Teilung zwischen China, Russland und den USA. Admiral John Richardson, Chef der US-Marine, formuliert seine Erwartungen so: «Wir wollen, dass unser schlechtester Pilot den gegnerischen Piloten schlägt, weil unser Flugzeug weit überlegen ist.» In keinem andern Land fliesst so viel Geld in die militärische Grundlagenforschung wie in den USA. Die Entwicklung des Radars, der integrierten Schaltung (als Grundlage der Computertechnik), des Internets oder der Spracherkennung erfolgten ursprünglich im Rahmen der militärischen Forschung. Mit dem höheren Budget wolle man die «technologische Überlegenheit» fördern, um den Vorsprung der USA vor anderen militärisch fortgeschrittenen Nationen zu halten, berichtet «Federal News Network».

Man dürfe nicht vergessen, dass die USA immer noch über die meisten weltweit führenden Universitäten verfügten und über die

grösste Zahl von bedeutenden Techunternehmen, gibt Dorn zu bedenken. «In vielen Bereichen haben die USA immer noch einen immensen Vorsprung gegenüber China.»

Doch in den USA habe man in den letzten Jahrzehnten «die Tatsache vernachlässigt, dass das Wirtschaftswachstum nur noch die Einkommen der obersten 20 bis 30% gesteigert hat», sagt Dorn. Das habe zu einer breiten Ablehnung der Globalisierung geführt. «Viele Leute sprechen sich gegen eine Öffnung aus, weil sie selber davon nicht profitieren.»

In China haben alle profitiert

Anders verlief die Entwicklung in China: «Von 2000 bis 2010 sind die Einkommen jährlich um fast 10% gestiegen - und zwar in allen Bevölkerungsschichten, sogar bei den Bauern auf dem Land», erklärt Dorn. Peking habe sich als Ziel gesetzt, dass alle von höheren Einkommen profitieren sollen. «Dadurch legitimieren die Machthabenden ihre Herrschaft», so Dorn. «Die Leute bleiben ruhig, denn sie wissen, dass sie wirtschaftlich vorangekommen sind.»

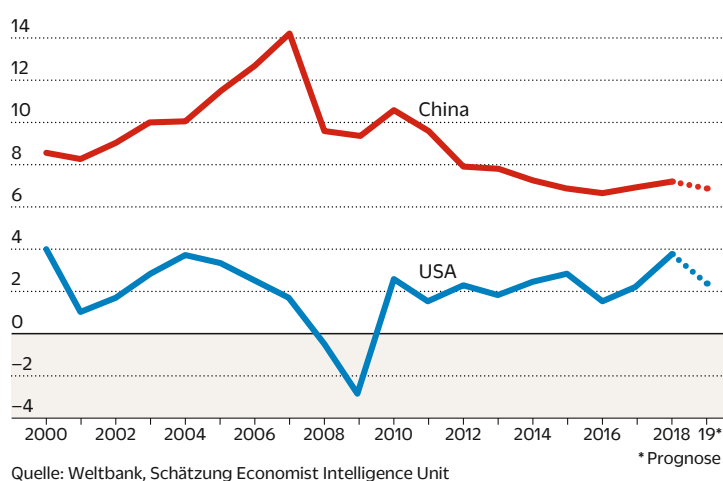
Eine Staatsgewalt ohne Opposition kann zwar schneller Entscheide treffen und Veränderungen durchsetzen. «Doch wer weiss am Ende, ob die Entscheide richtig sind?», fragt sich Dorn. Die marktwirtschaftliche Konkurrenz ist ein Verfahren zur Entdeckung der besten Lösung, niemand kann allwissend sein.

Der Glaube an die Allmacht des Staates bremse das Reich der Mitte schon heute, schreibt Nicholas Lardy vom Peterson Institute for International Economics. Hatte sich Reformen Deng Xiaoping noch für das Aufkommen der privaten Unternehmen eingesetzt, drängt Xi Jinping sie wieder zurück. Gingen 2013 erst 35% der Kredite an staatlich kontrollierte Unternehmen, waren es 2016 bereits 83% (siehe Grafik). Die «monströs ineffizienten» staatlichen Unternehmen belasten heute Chinas Vorankommen. Zu viel Kapital fliesst in unrentable Betriebe, die nicht überlebensfähig sind. Gleichzeitig nimmt die Verschuldung stetig zu. Auch das wird das Wachstum vermutlich dämpfen.

Wie geht man am besten mit China um? «Man sollte einen regelbasierten Umgang pflegen», rät Dorn. Von China könne man zu Recht verlangen, die Verpflichtungen gemäss Welt-Handelsorganisation (WTO) zu respektieren, zum Beispiel den Schutz des geistigen Eigentums und den Verzicht auf unzulässige Subventionen. Auch bei Firmenübernahmen müssten gleich lange Spiesse gelten. Ferner sollte China westlichen Firmen einen besseren Marktzugang gewähren. «Gleichzeitig muss man jedoch akzeptieren, dass technologisch führende Unternehmen auch aus China kommen können - und nicht nur wie bisher aus den USA, Japan oder Deutschland.»

China überflügelt die USA

Reales jährliches Wirtschaftswachstum, in %



China: Der Staat hat Priorität

Kredite* an staatliche und private Unternehmen, in %

